

Europa ist unsere Zukunft!

Aber wie muss die Europäische Union in Zukunft gestaltet werden?

8. November 2018, Hildesheim

Blickt man auf die letzten 10 Jahre zurück, so kann man den Eindruck bekommen, dass die Europäische Union (EU) von einer Krise in die nächste Krise rutscht. Die hohen Arbeitslosenzahlen in den südlichen Mitgliedsstaaten als Folgeerscheinung der Wirtschafts- und Finanzkrise und auch der Brexit stellen die EU vor Herausforderungen. Zusätzlich stehen nationale Regierungen immer mehr unter dem Einfluss rechtspopulistischer oder gar rechtsextremer Parteien. Gleichzeitig muss sich Europa in einer schnell verändernden Welt behaupten können. Am 26. Mai 2019 wird das neue EU-Parlament gewählt. Vor diesem Hintergrund haben wir mit unseren Gästen in Hildesheim eine lebhaft und lehrreiche Diskussion geführt.



Abbildung Dr. Cornelia Ott

Zu Anfang richtete Dr. **Cornelia Ott**, Sprecherin des Arbeitskreises Europa im SPD-Bezirk Hannover mit den Worten: „Die EU ist wunderbar!“, eine klare Botschaft an die Teilnehmer_innen. In einem kurzen Vortrag informierte sie über den Vorzüge der E U, wie offene Grenzen und die Möglichkeit überall in Europa studieren und arbeiten zu können. Danach

beschrieb Ott die Pläne der SPD für Europa. Die SPD sei klar für Europa, betonte sie dabei. Die EU müsse unbedingt sozialer werden und in allen Mitgliedsstaaten den gleichen sozialen Schutz gewährleisten. Die Arbeitslosigkeit müsse bekämpft werden und das EU-Parlament solle durch ein Initiativrecht gestärkt werden. Ott gesteht auch, dass es Probleme gäbe, man aber nicht das große Ganze in Frage stellen dürfe, wie die Nationalisten es tun. „Europa ist offen, frei und vielfältig und dafür lohnt es sich zu kämpfen.“, so Ott.

Danach referierte **Dr. phil. Ronja Kempin** Stiftung Politik und Wissenschaft. Dass die EU in den letzten 70 Jahren großes geleistet habe, könne sie nicht mehr so sagen. Die EU habe Probleme sowohl innen- als auch außenpolitisch und stecke in einer großen existenziellen Krise. Sie habe Reformbedarf in drei wichtigen Politikfeldern. Die Wirtschafts- und Sozial-



Dr. phil. Ronja Kempin

politik müsse sich ändern. Im Bereich der Migrations- und Flüchtlingsfrage und auch in der Außenpolitik gäbe es ebenfalls großen Handlungsbedarf. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedstaaten müsse die EU unbedingt in den Griff bekommen. Nicht alle Mitgliedstaaten teilten laut Kempin noch die gleichen demokratischen Grundwerte. Auch müsse sich die EU mehr in Krisen einmischen. Das geht allerdings nur, wenn man das Prinzip der Einstimmigkeit ändern würde. Mit dem Prinzip der Einstimmigkeit können bestimmte Entscheidungen von Mitgliedstaaten blockiert werden. Hier wäre es von Vorteil, dass es Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit geben würde, sagte Kempin, allerdings müssten die Mitgliedstaaten dafür mehr Souveränität abgeben und dazu seien sie nicht bereit.

Nach den Vorträgen von Dr. Cornelia Ott und Dr. Ronja Kempin begann die Podiumsdiskussion. An dieser nahmen Cornelia Ott, Ronja Kempin, Bernd Beushausen Bürgermeister der Stadt Alfeld und Susanne Wixforth Referatsleiterin Internationale und Europäische Gewerkschaftspolitik

beim DGB Bundesvorstand teil. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Birgit Mangels-Voegt.



**Bürgermeister
Bernd Beushausen**

Bernd Beushausen berichtete zunächst wie er die EU aus kommunaler Perspektive wahrnehme. Dabei sehe er zwei Ebenen, einmal die Ebene der Interaktion mit den Bürger_innen und einmal die Ebene der Verwaltung. Auf der Ebene der Bürger_innen spüre er Skepsis auf Grund von wenig Transparenz und komplexen Verfahren in der EU. Die komplexen Verfahren bemerke er aber auch auf der Verwaltungsebene. Beushausen wünscht sich, dass der Mehrwert, wie die offenen Grenzen etc., der EU mehr hervorgehoben werden solle

und die EU transparenter für ihre Bürger_innen werde.

Susanne Wixforth betonte, dass es an einem sicheren Raum fehle, der durch die größere Anzahl von Mitgliedstaaten nicht mehr vorhanden sei. In den Mitgliedsstaaten gäbe es unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen. Zusätzlich werde die Einkommensschere in Deutschland immer größer, was die Bürger_innen zunehmend skeptisch zurück lasse. Lohndumping sei auch ein großes Problem, welches in der EU eine neue Form von „Lohnsklaventum“ entstehen lasse. In der EU muss mehr reformiert werden, statt sich zu empören.



Susanne Wixforth

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer_innen dabei, dass die EU einen großen Reformbedarf hat. Dies gilt sowohl für das Abstimmungsverfahren als auch für die Politikfelder, die Kempin anfangs in ihrem Impulsvortrag nannte. Kempin hob hervor, dass man die Bürger_innen der EU in drei Lager aufteilen könne, 1) die EU-Gegner, 2) die die Angst vor der Zukunft haben und 3) die die pro EU. Die EU habe z.B. momentan das Problem die zweite Gruppe anzusprechen. Zu-



Dr. Birgit Mangels-Voegt

sätzlich müsse im Bereich der Arbeit mehr getan werden, betonte Wixforth. Ein Mindestarbeitsrecht würde einheitliche Verhältnisse in den Mitgliedstaaten schaffen. Beim Thema Brexit waren sich die Podiumsteilnehmer_innen auch einig, dass dieser sowohl Vorteile als auch Nachteile für die EU habe. Zum einen ist es von Vorteil, da Großbritannien in Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik viel blockiert hat, zum anderen

ist Großbritannien ein globaler Akteur der fehlen würde. Zusätzlich hob Wixforth hervor, dass es kein Konzept der EU gäbe um mit den USA und China umzugehen.

Im Anschluss an das Gespräch auf dem Podium wurde die Diskussion auch für das Publikum geöffnet. Ein Teilnehmer betonte, dass die Verfahren in der EU zu komplex seien, um sie zu verstehen und fragte warum nicht mehr in die Bildung investiert werden würde. Darauf antworteten die Podiumsteilnehmer_innen, dass der Bereich Bildung nicht in der Verantwortung der EU liege. Trotzdem versuche die EU mithilfe von Programmen wie z.B. Erasmus in die Bildung zu investieren und die junge Menschen dazu zu ermuntern, in anderen Mitgliedstaaten zu studieren oder ihre Aus-



Podiumsteilnehmer_innen (v.l.): Kempin, Beushausen, Wixforth, Ott und Moderatorin Mangels-Voegt

bildung zu machen. Von einem weiteren Teilnehmer wurde die Lohndifferenz in den

Mitgliedsländern angesprochen. In Polen würden Junge Menschen trotz eines Studiums sehr niedrige Löhne bekommen. Wo bleibe da die Solidarität? Bei dieser Frage betonte Wixforth die Forderung nach einem einheitlichen Mindestarbeitsrecht. Hier müsse es mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten geben. Auf die Frage, wo die Sozialdemokratie auf EU Ebene in den Bereichen Wohlstand und Armutsbekämpfung zu sehen sei, antwortete Ott, dass es allen Mitgliedstaaten gut gehen solle. Zusätzlich setze sich die Sozialdemokratie für den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ein.